

WIR FORDERN: Neubewertung der Flächen und vollständige Umweltprüfung



Wir fordern die unverzügliche Neubewertung der ausgewiesenen und geplanten Flächen für Windenergie in den Planungsverbänden Landshut, Regensburg und Straubing sowie eine neue, vollständige Umweltprüfung, die alle Schutzgüter gleichrangig und nachvollziehbar berücksichtigt. Die bisherige Planung weist gravierende Mängel auf, die im Einspruch detailliert dokumentiert sind und die in Summe die Rechtssicherheit, die fachliche Qualität und die Akzeptanz der Vorhaben untergraben. Dazu gehören insbesondere unvollständige Datengrundlagen, eine unzulässige Verengung der Alternativenprüfung, formale statt materielle Bewertung von Gesundheits- und Naturschutzbelangen, eine Vernachlässigung der Kumulationswirkungen und eine grobe Unterschätzung der Eingriffe in Landschaftsbild, Erholung,

Eigentum und kommunale Entwicklung.

Ein zentrales Problem ist die unzureichende Erfassung von Mensch und Gesundheit. Die Planungen stützen sich vielfach auf Modellrechnungen, die reale Worst-Case-Situationen – etwa nächtliche Inversionswetterlagen, topografische Verstärkungen und die Überlagerung mehrerer Anlagen – nicht hinreichend abbilden. Tieffrequenter Schall, Infraschall und periodischer Schatten werden formal mit Mindestwerten abgehandelt, ohne belastbare Messkampagnen unter realen Betriebsbedingungen. Das ist nicht Vorsorge, sondern Risikoabwälzung auf die Bevölkerung. Es ist ein krasser Fehler der Planungsverbände, die Unsicherheiten bei tieffrequenten Immissionen, die in der Fachliteratur und in der Praxis wiederholt thematisiert werden, in der Abwägung praktisch folgenlos zu lassen und die Nachtwirkung der Anlagen – inklusive Hindernisbefeuerung – nur als „optische Beeinträchtigung“ zu deklarieren.

Ebenso gravierend sind die Defizite bei Artenschutz und Biodiversität. In mehreren Such- und Vorrangräumen überschneiden sich die Planungen mit zahlreichen Arten, die artgeschützt sind. Kartierungen sind teilweise zeitlich und räumlich unzureichend, artspezifische Aktivitätsfenster werden ignoriert. Dass funktionsrelevante Biotopverbundstrukturen nur randlich gewürdigt und potenzielle Barriereeffekte ausgeblendet werden, ist aus naturschutzfachlicher Sicht ein krasser Planungsfehler. Die rechtlich gebotene Vermeidung – vor der Minderung – wird nicht konsequent angewandt: Statt sensible Räume auszuschließen, werden sie über Bedingungen „zurechtgeplant“.

Beim Landschaftsbild wird der industrielle Maßstab der Vorhaben unterschätzt. Sichtbarkeitsanalysen bleiben oft auf Idealparameter beschränkt und ignorieren die kumulative Fernwirkung in offenen und erhöhten Lagen. Die dauerhafte nächtliche Befeuerung und die Dominanz der Anlagen in prägenden Sichtachsen werden in den Abwägungen relativiert, obwohl sie die Erlebbarkeit von Landschaft, Kultur- und

Erholungsräumen substantiell verändern. Das ist nicht nur eine Frage der Ästhetik, sondern berührt Heimatbild, Tourismus und die Lebensqualität der Menschen. Es ist ein weiterer krasser Fehler, diese weichen, aber rechtlich relevanten Güter lediglich formal zu erfassen und faktisch zu entwerten.

Auch im Immissions- und Abstandsregime dominieren Mindestansätze statt Vorsorge. Abstände zu Wohnnutzungen werden anhand pauschaler Richtwerte angesetzt, ohne topografische Besonderheiten, Hauptwindrichtungen, Eisansatz, seltene Schallspitzen oder die Summenwirkung mehrerer Projekte in voller Tiefe zu berücksichtigen. Die daraus resultierenden Risiken – insbesondere in Nachtzeiten – werden zu gering gewichtet. Eine vorsorgeorientierte Planung hätte Sicherheitszuschläge, striktere Betriebsbeschränkungen und im Zweifel den Ausschluss konfliktträchtiger Standorte vorzusehen. Das Unterlassen solcher Vorkehrungen ist planerisch wie rechtlich kurzsichtig.

Hinzu kommt die Vernachlässigung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern. Boden, Wasser und Wald werden häufig nur projektbezogen betrachtet, ohne die Folgewirkungen von Erschließung, Fundamenten, Entwässerung, Erosion und Waldumwandlung systematisch in einem kumulativen Rahmen zu bewerten. Dass mikroklimatische Effekte in Waldlagen, Beeinträchtigungen des Grund- und Oberflächenwassers oder archäologische Verdachtsflächen in der Tiefe der Sache selten behandelt werden, ist mit einer ernsthaften Umweltprüfung unvereinbar. Gleiches gilt für die fehlende Netzdienlichkeit: Ohne belastbare Nachweise zur Netzaufnahmefähigkeit, Abregelungsquote, Speicher- und Leitungsbedarf drohen ineffiziente Anlagenkonzentrationen und steigende Systemkosten – ein krasser Planungsfehler, der volkswirtschaftlich und energiewirtschaftlich vermeidbar wäre.

Schließlich zeigt die Verfahrensqualität deutliche Schwächen. Transparenzdefizite in der Abwägung, lückenhafte Dokumentation der öffentlichen und behördlichen Beteiligung, die nur formale

Behandlung substantiierter Einwände und das Ausblenden tragfähiger Alternativen gefährden die Rechtssicherheit. Anstatt ungeeignete Flächen konsequent auszuschneiden, werden Risiken in Nebenbestimmungen verschoben. Diese Vorgehensweise widerspricht dem Vorsorgeprinzip, ist fehleranfällig und lädt zu Rechtsstreitigkeiten ein. Auch die Auswirkungen auf Eigentum, kommunale Entwicklungskorridore und Immobilienwerte werden in der Gesamtabwägung untergewichtet – obwohl hier dauerhafte Eingriffe in gewachsene Siedlungsqualitäten und Entwicklungsperspektiven vorliegen.

All dies macht deutlich: Es braucht jetzt eine echte, umfassende Neuaufstellung. Wir fordern eine Neubewertung der Flächenkulisse auf aktueller, vollständiger Datenbasis; eine neue Umweltprüfung, die alle Schutzgüter – Mensch und Gesundheit, Tiere und Pflanzen/Biodiversität, Boden, Wasser, Klima, Landschaft und Erholung, Sach- und Kulturgüter – materiell prüft; eine konsequente Kumulations- und Wechselwirkungsanalyse; klare, überprüfbare Ausschluss- und Vorsorgekriterien; unabhängige Validierung der Gutachten; und eine erneute Auslegung mit substantieller Bürger- und Fachbeteiligung. Vorrang müssen Repowering an geeigneten Bestandsstandorten, netzdienliche Reihenfolgen, sowie konkrete und wirksam nachgewiesene Minderungsmaßnahmen haben. Wo erhebliche Restrisiken verbleiben, sind Standorte auszuschneiden.

Eine Energiewende mit Maß und Verantwortung bedeutet: erst vollständig prüfen, dann planen – und nur dort ausweisen, wo die Wahrung aller Schutzgüter zweifelsfrei gesichert ist. Bis dahin sind sensible Räume in den Planungsverbänden Landshut, Regensburg und Straubing von der Windenergienutzung freizuhalten. Das ist der Weg zu rechtssicheren, akzeptierten und zukunftsfesten Lösungen, die Mensch, Natur und Landschaft gleichermaßen schützen.

**Umweltsünden statt
Klimaschutz: Systematische
Vermüllung an Windpark-
Zufahrten wirft Fragen zur
behördlichen Kontrolle auf**



Wenn grüne Versprechen auf

schmutzige Realität treffen

Grüne Versprechen, schmutzige Realität: Entlang der Zufahrtswege zum sogenannten „Windpark bei Neufahrn“ und bei Martinsbuch offenbart sich ein Bild systematischer Nachlässigkeit, das die Glaubwürdigkeit der gesamten Energiewende-Rhetorik in Frage stellt. Kunststoffreste, Folienreste, Dämmstofffragmente und Metallteile säumen kilometerlange Waldwege – ausgerechnet dort, wo vorbildlicher Umweltschutz praktiziert werden sollte.

Die Ironie könnte größer nicht sein: Projekte, die als Beitrag zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit beworben werden, hinterlassen eine Spur der Umweltzerstörung, die jeden Nachhaltigkeitsbericht zur Makulatur macht. Was hier sichtbar wird, ist mehr als nur ein ästhetischer Makel oder ein bedauerlicher Einzelfall – es ist der sichtbare, dokumentierte Beweis für das systematische Versagen von Kontrolle, Verantwortung und behördlicher Aufsicht.

Das perfide System der Verantwortungslosigkeit

Besonders perfide: Während kleine Handwerker bei der geringsten Unordnung auf der Baustelle sofort zur Rechenschaft gezogen werden, scheinen Großprojekte der Energiewende unter einem besonderen Schutzschild zu stehen. Als ob der noble Zweck – Klimaschutz – alle Mittel heiligen würde. Als ob Nachhaltigkeit bedeutete, heute den Wald zu vermüllen, um morgen das Klima zu retten.

Diese Doppelmoral durchzieht das gesamte System: Von den Planungsbehörden, die großzügig wegschauen, über die Bauunternehmen, die Kostenoptimierung über Umweltschutz stellen, bis hin zu den Auftraggebern, die sich mit Nachhaltigkeitsbroschüren schmücken, während ihre Baustellen

eine Schneise der Verwüstung hinterlassen.

Windpark bei Neufahrn: Eine Schneise der Nachlässigkeit

Die Dokumentation am „Windpark bei Neufahrn“ liest sich wie ein Lehrbuch für systematisches Umweltversagen. Über elf dokumentierte Fundstellen verteilt sich eine Kette der Nachlässigkeit, die das wahre Gesicht vermeintlich grüner Projekte enthüllt:

Fundstelle 1: Plastikfolienreste, vermutlich von Verpackungen oder Abdeckungen, großflächig im Unterholz verteilt. Die Fragmente haben bereits begonnen, sich in kleinste Teilchen aufzulösen – ein Prozess, der Jahrzehnte dauern wird und das Ökosystem nachhaltig schädigt.

Fundstelle 2: Dämmstofffragmente unterschiedlicher Größe, teilweise bereits von der Witterung zersetzt. Besonders problematisch: Diese Materialien können gesundheitsschädliche Fasern freisetzen, die sowohl für Wildtiere als auch für Erholungssuchende eine Gefahr darstellen.

Fundstelle 3: Metallteile, vermutlich Verschnitt von Bauarbeiten, achtlos in den Seitenstreifen entsorgt. Die scharfen Kanten stellen eine direkte Verletzungsgefahr für Wildtiere dar.

Martinsbuch: Wenn Einzelfälle zum System werden

Auch am Herman (V-Markt Betreiber) Windrad bei Martinsbuch (48.750121, 12.389939) das gleiche Bild: Was als bedauerlicher Einzelfall verkauft wird, entpuppt sich als Teil eines systematischen Problems. Die Fundstelle zeigt eine Mischung aus verschiedenen Abfallarten, die eines gemeinsam haben: Sie

gehören nicht in den Wald.

Fundkoordinaten der Umweltsünden

„Windpark bei Neufahrn“ – Verschmutzungskette:

- 48.767030, 12.155314
- 48.766984, 12.153120
- 48.766909, 12.151685
- 48.764921, 12.149174
- 48.761129, 12.162542
- 48.759452, 12.160997
- 48.754208, 12.160819
- 48.752881, 12.158283
- 48.751576, 12.158027
- 48.751250, 12.157771
- 48.751231, 12.173587

Martinsbuch („Herman“-Windrad):

- 48.750121, 12.389939

Die unsichtbaren Schäden: Was nicht dokumentiert werden kann

Noch problematischer als die sichtbaren Abfälle sind die unsichtbaren Schäden: Mikroplastik, das bereits in den Boden eingedrungen ist. Schadstoffe, die bei der Zersetzung der Materialien freigesetzt werden. Bodenversiegelung durch achtlos abgestellte Baumaschinen. Verdichtung empfindlicher Waldböden durch schwere Transporte auf nicht dafür ausgelegten Wegen.

Diese Schäden lassen sich nicht einfach „wegräumen“ – sie werden das Ökosystem über Jahre und Jahrzehnte belasten. Ein

Kollateralschaden, der in keiner Umweltverträglichkeitsprüfung auftaucht, weil er erst nach Projektabschluss sichtbar wird.

Konkrete Forderungen: Keine Kompromisse mehr

Sofortmaßnahmen: Was jetzt passieren muss

Die dokumentierte Sachlage erfordert nicht nur Konsequenzen – sie schreit nach ihnen. Hier geht es nicht um Verhandlungen oder Kompromisse. Hier geht es um die Durchsetzung geltendem Rechts und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

1. Vollständige Bestandsaufnahme und Räumung Nicht irgendwann – jetzt: Alle dokumentierten Fundstellen müssen binnen 14 Tagen restlos geräumt werden. Mit vollständiger Dokumentation durch unabhängige Gutachter, lückenloser Fotodokumentation vor, während und nach der Räumung sowie rechtsgültigen Entsorgungsnachweisen für jede einzelne Materialart. Keine Alibiveranstaltung: Die Räumung muss fachgerecht erfolgen, nicht durch schnelles „Wegkehren“ oder oberflächliches Sammeln. Auch bereits fragmentierte Materialien müssen soweit möglich aus dem Ökosystem entfernt werden.
2. Behördliche Vollkontrolle mit Konsequenzen Gemeinsame Task Force: Eine sofortige gemeinsame Begehung aller zuständigen Behörden – Naturschutz, Forst, Bauaufsicht, Umweltamt – ist nicht nur wünschenswert, sondern rechtlich geboten. Diese Begehung muss binnen 7 Tagen nach Bekanntwerden der Dokumentation erfolgen. Öffentliches Protokoll: Das Ergebnis muss in einem öffentlich zugänglichen Protokoll mit konkreten Fristen, Maßnahmen und Verantwortlichkeiten münden. Keine internen Abstimmungen hinter verschlossenen Türen, sondern transparente, nachprüfbare Aufarbeitung. Persönliche Haftung: Die verantwortlichen

Behördenvertreter müssen mit ihrer Unterschrift und ihrem Namen für die Umsetzung der Maßnahmen einstehen. Anonyme Zusagen reichen nicht mehr.

3. Sofortiger Baustopp: Lernen durch Schmerz Alle Arbeiten stoppen: Weitere Bau-, Transport- und Logistikarbeiten müssen sofort gestoppt werden, bis alle dokumentierten Mängel beseitigt sind und ein wasserdichtes Kontrollregime etabliert wurde. Wer nicht sauber arbeiten kann, darf nicht weiterarbeiten. Tägliche Kontrollen: Nach Wiederaufnahme der Arbeiten sind tägliche, unangekündigte Kontrollen durch behördliche Vertreter verpflichtend einzuführen. Die Kosten trägt der Verursacher. Empfindliche Strafen: Vertragsstrafen bei weiteren Verstößen müssen so hoch angesetzt werden, dass Nachlässigkeit teurer wird als Sorgfalt. Ein System, das Pfusch billiger macht als ordentliche Arbeit, ist ein System, das Pfusch fördert.
4. Auflagenverschärfung: Schluss mit dem Schwarzen-Peter-Spiel Glasklare Verantwortlichkeiten: Die Genehmigungsaufgaben müssen nachgeschärft werden. Keine schwammigen Formulierungen mehr, keine Möglichkeiten, Verantwortung zwischen Hauptauftragnehmer, Subunternehmen und Sub-Subunternehmen hin- und herzuschieben. Engmaschige Kontrollen: Wöchentliche Berichtspflicht über alle verwendeten Materialien, deren Transport und Entsorgung. Monatliche Vor-Ort-Kontrollen durch unabhängige Sachverständige. Halbjährliche öffentliche Berichte über den Zustand aller Zufahrtswege und Arbeitsflächen.
5. Radikale Transparenz: Schluss mit dem Amtsgeheimnis Alles auf den Tisch: Sämtliche Genehmigungsaufgaben, Eingriffs- und Ausgleichskonzepte, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Kontrollberichte und Mängelmeldungen gehören vollständig und ungekürzt auf die Webseiten der zuständigen Behörden. Bürgerrecht auf Information: Bürger haben das Recht zu erfahren, was in ihrem Namen, auf ihrem Grund und Boden und mit ihren

Steuergeldern genehmigt wird. Informationsfreiheit ist kein Gnadenakt der Verwaltung, sondern ein Grundrecht.

Die rechtliche Dimension: Wenn Gesetze zur Makulatur werden

Kreislaufwirtschaftsgesetz: Klare Regeln, schwache Durchsetzung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) kennt keine Ausnahmen für vermeintlich klimafreundliche Projekte. § 7 KrWG verpflichtet jeden Abfallerzeuger zur ordnungsgemäßen Sammlung, Beförderung und Entsorgung seiner Abfälle. § 69 KrWG sieht für Verstöße Bußgelder bis zu 100.000 Euro vor – pro Verstoß, wohlgemerkt.

Die Realität: Diese Bestimmungen werden bei Windkraftprojekten systematisch ignoriert. Als ob der noble Zweck – Klimaschutz – alle Mittel heiligen würde. Als ob Gesetze nur für die kleinen Leute gelten würden.

Der Skandal: Während ein Handwerker, der eine Zigarettenstummel achtlos wegwirft, sofort belangt wird, können Millionen-Projekte der Energiewende offenbar tonnenweise Müll in der Landschaft verteilen, ohne dass jemand einschreitet.

Bayerisches Naturschutzgesetz: Papier ist geduldig

Art. 23 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) verbietet ausdrücklich „Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft“. Art. 57 BayNatSchG sieht für Verstöße Bußgelder bis zu 50.000 Euro vor.

Die Perversion: Vermüllte Waldwege werden von den zuständigen

Behörden nicht als „Beeinträchtigung“ gewertet, sondern als „unvermeidbare Begleiterscheinung“ verharmlost. Ein Waldbesitzer, der seine Fläche so behandeln würde, bekäme sofort Besuch vom Amt.

Bayerisches Waldgesetz: Der Wald als Verfügungsmasse

Das Bayerische Waldgesetz (BayWaldG) stellt in Art. 1 die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes unter besonderen Schutz. Art. 13 BayWaldG regelt die Benutzung von Waldwegen ausdrücklich und eng.

Die Praxis: Waldwege werden zu Industrie-Umschlagplätzen umfunktioniert, ohne dass die besonderen Schutzbestimmungen für den Wald beachtet werden. Schwere Transporte verdichten empfindliche Waldböden, Materialverluste vergiften das Ökosystem, Lärm und Erschütterung vertreiben die Tierwelt.

Eingriffs-/Ausgleichsregelung: Greenwashing mit System

Die bayerische Eingriffs-/Ausgleichsregelung predigt seit Jahren „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“. Der offizielle Leitfaden ist voller schöner Worte über Vermeidung, Minderung und Ausgleich.

Die Wahrheit: Eine zufahrtsbegleitende Plastikspur passt zu diesem „Einklang“ wie eine Motorsäge zum Vogelschutzgebiet. Wer ernsthaft von Einklang spricht, muss proaktiv aufräumen und vorsorgen, damit gar nichts erst im Wald landet.













UVP-Pflicht: Wenn Prüfungen zur Farce werden

Bei größeren Windenergievorhaben greifen nach Anlage 1 UVPG Pflichten zur Umweltverträglichkeitsprüfung oder zumindest zur Vorprüfung des Einzelfalls. Diese Prüfungen sollen sicherstellen, dass alle Umweltauswirkungen erkannt, bewertet und minimiert werden.

Der Offenbarungseid: Wenn schon bei der simplen Disziplin „Abfalllogistik“ so eklatant versagt wird, stellt sich die Frage: Mit welcher Gründlichkeit werden die komplexeren Prüfaufgaben wie Artenschutz, Lärmschutz oder Landschaftsbild abgearbeitet?

Wenn ein Projekt nicht einmal in der Lage ist, seinen eigenen Müll ordentlich zu entsorgen, welche Glaubwürdigkeit haben dann die aufwendigen Gutachten über Fledermausschutz oder Vogelzug? Nachweise statt Narrative – darauf kommt es an.

Die ökologischen Folgen: Schäden für Generationen

Mikroplastik: Die unsichtbare Zeitbombe

Die sichtbaren Abfälle sind nur die Spitze des Eisbergs. Viel problematischer sind die unsichtbaren Folgen: Kunststoffe zerfallen unter Witterungseinflüssen in immer kleinere Fragmente, bis sie als Mikroplastik in die Nahrungskette gelangen.

Der Teufelskreis: Diese Mikroplastikpartikel werden von Bodenorganismen aufgenommen, gelangen über Pflanzen in Pflanzenfresser und von dort in Fleischfresser. Am Ende der Nahrungskette steht der Mensch – und konsumiert das Mikroplastik aus „seinen“ nachhaltigen Energieprojekten.

Die Zeitdimension: Während die Windräder nach 20-25 Jahren wieder abgebaut werden, verbleibt das Mikroplastik für Jahrhunderte im Ökosystem. Eine Hypothek auf die Zukunft, die in keiner Klimabilanz auftaucht.

Bodenversiegelung und Verdichtung: Schleichender Tod des Waldbodens

Waldböden sind über Jahrhunderte oder Jahrtausende gewachsene, hochkomplexe Ökosysteme. Ihre Struktur ist darauf angewiesen, dass Wasser, Luft und Nährstoffe frei zirkulieren können.

Die Zerstörung: Schwere Transporte verdichten diese empfindlichen Böden irreversibel. Das Porensystem kollabiert, Wasser kann nicht mehr versickern, Luftaustausch findet nicht mehr statt. Der Boden stirbt – und mit ihm alle Organismen, die von ihm leben.

Die Folgen: Verdichtete Böden können ihrer Funktion als Wasserspeicher und CO₂-Senke nicht mehr nachkommen. Ausgerechnet Klimaschutzprojekte zerstören damit eine der wichtigsten natürlichen Klimaschutzfunktionen.

Fragmentierung von Lebensräumen: Zerschneidung der Wildnis

Waldwege sind für viele Wildtiere natürliche Barrieren. Werden sie zu Industriestraßen ausgebaut und mit Müll gesäumt, wirken sie wie unüberwindbare Grenzen.

Die Isolation: Populationen werden isoliert, Genaustausch wird verhindert, lokale Inzucht programmiert. Besonders bedrohte Arten, die ohnehin nur noch in kleinen Restpopulationen vorkommen, werden so zusätzlich gefährdet.

Der Dominoeffekt: Das Verschwinden einer Art löst Kettenreaktionen aus, die das gesamte Ökosystem destabilisieren können. Ein Windpark mag klimafreundlich sein

– aber ein toter Wald speichert kein CO₂ mehr.

Behördliches Versagen: Wenn Kontrolleure wegsehen

Die Untere Naturschutzbehörde: Schutz durch Wegsehen?

Die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts Straubing-Bogen ist nach bayerischem Recht die zuständige Vollzugsbehörde für den Naturschutz vor Ort. Ihre Aufgabe ist es, Verstöße gegen das Naturschutzrecht zu ahnden und die Beseitigung von Beeinträchtigungen durchzusetzen.

Die Realität: Monatelang dokumentierte Verstöße werden ignoriert oder verharmlost. Statt energisch durchzugreifen, werden Ausreden gesucht: „Das ist nur vorübergehend“, „Das wird noch aufgeräumt“, „Das ist unvermeidbar“.

Die Frage: Warum versagen die Behörden bei Windkraftprojekten so offensichtlich? Liegt es an politischem Druck von oben? An mangelnder Ausstattung? Oder an einer ideologischen Verblendung, die Windkraft grundsätzlich für gut hält – unabhängig von den konkreten Umweltschäden?

Die Bauaufsicht: Genehmigen und vergessen?

Die Bauaufsichtsbehörde erteilt die Genehmigungen – und ist damit auch für deren Durchsetzung verantwortlich. Genehmigungen mit Auflagen sind kein Freibrief, sondern ein Vertrag mit Pflichten.

Das Versagen: Nach der Genehmigungserteilung scheint die Bauaufsicht ihre Aufgabe als erledigt zu betrachten. Kontrollen finden sporadisch oder gar nicht statt. Verstöße gegen Auflagen haben keine Konsequenzen.

Die Konsequenz: Bauherren lernen schnell: Auflagen kann man ignorieren, solange niemand kontrolliert. Ein System, das Verantwortungslosigkeit belohnt, züchtet Verantwortungslosigkeit.

Die Forstbehörde: Der Wald als Verfügungsmasse

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Straubing ist für den Schutz der Waldfunktionen zuständig. Dazu gehört auch der Schutz vor Beeinträchtigungen durch Dritte.

Die Untätigkeit: Offensichtliche Schäden am Wald und an Waldwegen werden nicht geahndet. Als ob Wald nur dann schützenswert wäre, wenn er nicht für die Energiewende gebraucht wird.

Die Polizei: Ordnungswidrigkeiten sind auch Straftaten

Umweltdelikte sind Straftaten – auch wenn sie von vermeintlich guten Projekten begangen werden. Die Polizei ist verpflichtet, entsprechende Anzeigen aufzunehmen und zu verfolgen.

Die Praxis: Anzeigen wegen Umweltdelikten im Zusammenhang mit Windkraftprojekten verschwinden oft in bürokratischen Mühlen oder werden nicht ernst genommen. Als ob Gesetze nur für die kleinen Leute gelten würden.

Was Bürger tun können: Selbsthilfe ist Bürgerpflicht

Dokumentation: Die Waffe der Wahrheit

Wenn Behörden wegschauen, müssen Bürger hinsehen. Wenn offizielle Stellen untätig bleiben, müssen Betroffene aktiv

werden. Das ist nicht nur ein Recht – es ist eine Pflicht gegenüber nachkommenden Generationen.

Professionelle Beweisführung

Fotografische Dokumentation: Machen Sie Übersichts- und Detailfotos jeder Fundstelle. Fotografieren Sie aus mehreren Blickwinkeln, um die Lage und das Ausmaß der Verschmutzung zu dokumentieren. Verwenden Sie eine Digitalkamera oder ein Smartphone mit GPS-Funktion, damit die Koordinaten automatisch gespeichert werden.

Datum und Uhrzeit: Stellen Sie sicher, dass jedes Foto mit Datum und Uhrzeit versehen ist. Aktivieren Sie die entsprechende Funktion in Ihrer Kamera oder Ihrem Smartphone.

Koordinaten notieren: Notieren Sie die exakten GPS-Koordinaten jeder Fundstelle. Verwenden Sie dazu Apps wie „GPS Essentials“ oder „What3Words“. Notieren Sie zusätzlich eine Wegbeschreibung („20 m südlich der Weggabelung am Hochstand“).

Videodokumentation: Machen Sie zusätzlich einen ruhigen Videowalk der betroffenen Strecken. Gehen Sie langsam, schwenken Sie die Kamera ruhig und kommentieren Sie dabei, was Sie sehen. Videos zeigen das Ausmaß der Verschmutzung oft besser als Einzelfotos.

Systematische Archivierung: Legen Sie für jede Fundstelle einen eigenen Ordner an (z.B. „2025-08-15_Neufahrn_Fundstelle-01“). Speichern Sie dort alle Fotos, Videos und Notizen systematisch ab.

Rechtssichere Meldungen

Schriftlich melden: Melden Sie jeden Fund schriftlich an alle zuständigen Behörden. Eine E-Mail reicht, aber bitten Sie um Eingangsbestätigung. Senden Sie Kopien an:

- Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts
- Bauaufsichtsamt des Landratsamts
- AELF (Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
- Bei akuten Fällen auch an die örtliche Polizei

Konkrete Forderungen: Formulieren Sie konkret, was Sie erwarten: „Ich fordere die sofortige Räumung der dokumentierten Abfälle, eine Bestätigung der ordnungsgemäßen Entsorgung und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Verschmutzung bis zum [Datum].“

Fristen setzen: Setzen Sie klare Fristen für Antwort (14 Tage) und Maßnahmen (30 Tage). Kündigen Sie an, was Sie bei Untätigkeit unternehmen werden.

Rechtliche Schritte: Wenn Bitten nicht helfen

Widerspruch und Anfechtung

Genehmigungen anfechten: Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Genehmigungen rechtswidrig erteilt wurden, können Sie innerhalb von vier Wochen Widerspruch einlegen. Lassen Sie sich dabei von einem Fachanwalt für Verwaltungsrecht beraten.

Nebenbestimmungen durchsetzen: Genehmigungen enthalten meist Nebenbestimmungen (Auflagen). Deren Nichteinhaltung können Sie als Bürger anzeigen und deren Durchsetzung verlangen.

Strafanzeige und Ordnungswidrigkeitenverfahren

Strafanzeige stellen: Umweltdelikte sind Straftaten. Stellen Sie bei der Staatsanwaltschaft oder der örtlichen Polizei Strafanzeige gegen die Verantwortlichen. Auch wenn die Erfolgsaussichten gering sind – jede Anzeige schafft Druck.

Ordnungswidrigkeitenanzeige: Verstöße gegen Umweltgesetze sind meist Ordnungswidrigkeiten. Diese können von den Behörden mit

empfindlichen Bußgeldern geahndet werden – wenn sie wollen.

Zivilrechtliche Ansprüche

Unterlassung fordern: Als Anwohner oder Betroffener können Sie zivilrechtlich die Unterlassung weiterer Verschmutzung fordern.

Beseitigung verlangen: Sie können auch die Beseitigung bereits vorhandener Verschmutzungen auf Kosten des Verursachers verlangen.

Quellen/Belege:

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), § 69 Bußgeldvorschriften –
Gesetze im Internet (BMJ). [Gesetze im Internet](#)

Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG), Art. 57
Ordnungswidrigkeiten – *gesetze-bayern.de* (aktuelle Fassung ab 1. Aug. 2025). [Gesetze Bayern](#)

Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) – *gesetze-bayern.de*
(Zwecke/Waldfunktionen; letzte Änderung 23. Dez. 2024).
[Gesetze Bayern](#)

Eingriffs-/Ausgleichsregelung: „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ – Infoseite und Leitfaden des StMB (Bayern).
[Bayerisches Ministerium für Wohnen+1](#)

LfU Bayern – Zentrale Stelle Abfallüberwachung (Aufgaben & Ansprechpartner). [LfU Bayern+1](#)

UVPG Anlage 1 (Liste UVP-pflichtiger Vorhaben) – *Gesetze im Internet*; ergänzend Fachagentur Wind und Solar (Kurzinfos/Schwellen). [Gesetze im Internet](#)[Fachagentur Wind & Solar](#)

Waldrecht (allg. Überblick zu Waldfunktionen) – Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und

Leserbriefe



Wie versprochen, veröffentlichen wir hier die eingegangenen Leserbriefe:

Nach unseren letzten Beiträgen haben uns zahlreiche Rückmeldungen erreicht – per E-Mail, über soziale Medien und sogar handgeschrieben per Post. Es zeigt sich einmal mehr: Das Thema bewegt die Menschen, regt zum Nachdenken an und sorgt für angeregte Diskussionen. Genau das war unser Ziel.

Ob zustimmend, kritisch oder nachdenklich – Ihre Meinungen sind für uns ein wertvoller Kompass. Sie spiegeln wider, was unsere Leserinnen und Leser denken, fühlen und fordern.

Deshalb möchten wir auch nicht nur berichten, sondern Raum für den Dialog schaffen.

An dieser Stelle geben wir Ihnen das Wort – ungefiltert, ehrlich und vielfältig. Denn Ihre Stimmen gehören genauso zur Debatte wie unsere Recherchen.

Leserbrief #1

Ich möchte mich zu eurer Kritik am Bau der Windkraftanlagen und eurem Argument der Rodung von 1,2 Hektar Wald äußern, weil mir das Thema wirklich am Herzen liegt – als jemand, der den Wald liebt und der gleichzeitig Klimaschutz für dringend nötig hält.

Mir fällt auf, wie oft in der Diskussion gesagt wird, dass durch Windkraft „unwiederbringlich“ Wald zerstört wird. Das klingt erst mal dramatisch, aber wenn ich genauer hinschaue, stimmt das so pauschal einfach nicht. Die Flächen, die für Windräder gerodet werden, werden meist an anderer Stelle wieder aufgeforstet oder durch ökologische Maßnahmen ausgeglichen. Das wird leider oft gar nicht erwähnt.

Außerdem ist der Flächenverbrauch im Verhältnis zu anderen Energieformen wirklich gering. Für eine Windkraftanlage braucht man nur einen kleinen Teil des Waldes, meist für Wege und das Fundament. Der Großteil bleibt stehen oder wird später sogar wieder in einen natürlichen Zustand gebracht. Und die Standorte sind meistens so gewählt, dass keine alten, wertvollen Waldbestände betroffen sind, sondern Flächen, die sowieso schon forstwirtschaftlich genutzt werden.

Ich finde auch, dass das Argument, hier würde einfach „Natur zerstört“, den eigentlichen Zusammenhang übersieht: Unsere Wälder werden durch den Klimawandel – durch Trockenheit, Stürme und Schädlinge – viel mehr bedroht als

durch einzelne Windkraftanlagen. Wenn wir wirklich etwas für den Erhalt des Waldes tun wollen, dann brauchen wir die Energiewende – und Windkraft spielt dabei eine Schlüsselrolle.

Mir ist bewusst, dass der Eingriff in die Natur immer gut überlegt sein muss. Aber mit Ausgleichsmaßnahmen und einer klugen Planung lohnt sich der Schritt. Ganz ehrlich: Die Rodung von 1,2 Hektar ist im Verhältnis zum Nutzen für den Klimaschutz und die Zukunft unserer Wälder ein vertretbarer Preis.

Ich wünsche mir, dass wir diese Diskussion weniger emotional und dafür sachlicher führen. Für mich ist klar: Die Energiewende und der Schutz des Waldes gehen zusammen, wenn wir es richtig machen.

Jasmin Walter

Leserbrief #2

Mit großer Zustimmung habe ich Ihre Ausführungen zur Zerstörung unseres Waldbodens gelesen – und ich möchte Ihnen beipflichten: Was sich manche Waldbesitzer erlauben, ist schlichtweg unverantwortlich.

Es ist eine wissenschaftlich belegte Tatsache, dass ein einziger Zentimeter Waldboden bis zu 100 Jahre benötigt, um zu entstehen. Und doch wird dieser wertvolle Lebensraum rücksichtslos von schweren Maschinen zerfahren, planiert und geschändet – als wäre er beliebig ersetzbar.

Wer so mit unserem natürlichen Erbe umgeht, handelt nicht nur kurzfristig, sondern zerstört aktiv die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen. Solches Handeln darf nicht länger als „wirtschaftliche Nutzung“ verharmlost werden. Es ist ein Angriff auf das Ökosystem, auf die Artenvielfalt – und

letztlich auf uns alle.

Ich danke der Bürgerinitiative Pronatur für ihren unermüdlichen Einsatz und fordere: Schluss mit der industriellen Vergewaltigung unserer Wälder! Nachhaltigkeit darf kein leeres Wort bleiben.

Nina Mayer

Leserbrief #3

Wenn wir uns zu Recht gegen die Industrialisierung unserer Landschaft wehren, dann sollten wir auch den Mut haben, die ganze Wahrheit auszusprechen. Jedes Mal, wenn ich sehe, wie sich Menschen empört über „Vogelschredder“ aufregen, nur um sich in der Pause ihr Wurstbrot aus Massentierhaltung schmecken zu lassen, frage ich mich: Wie glaubwürdig sind wir eigentlich?

Die traurige Realität ist, dass wir uns mit unserer selektiven Empörung selbst belügen. Während wir gegen Windräder kämpfen, die für Vögel und Wildtiere gefährlich sind, finanzieren wir mit unserem täglichen Konsum eine Agrarindustrie, die systematisch Lebensräume zerstört und millionenfaches Tierleid verursacht. Für Weiden und Futtermittelanbau werden Wälder gerodet, Böden vergiftet und Artenvielfalt vernichtet – alles für Schnitzel und Wurst, die am Ende ohnehin im Müll landen. Und dann wundern wir uns, warum die Insekten verschwinden und die Vögel verstummen?

Es ist an der Zeit, diese Doppelmoral zu beenden. Wer wirklich Naturschutz will, darf nicht nur gegen Windräder sein, sondern muss auch seinen eigenen Lebensstil hinterfragen. Die größte Bedrohung für unsere Tierwelt kommt nicht nur von Rotoren, sondern von einer

Landwirtschaft, die Natur zur Ware macht und Tiere zu Produktionsgütern degradiert. Jedes Mal, wenn wir billiges Fleisch kaufen, machen wir uns mitschuldig an diesem System.

Ich verlange von dieser Bewegung, endlich konsequent zu sein. Entweder wir nehmen den Schutz von Tieren und Lebensräumen ernst – dann aber bitte ganzheitlich und ohne Ausreden. Oder wir geben offen zu, dass es uns in Wahrheit nur um unser eigenes Wohlbefinden geht, nicht um die Natur.

Nicole Bauer

(Veganerin und Umweltaktivistin und Windradgegnerin)

Leserbrief #4

Es wird höchste Zeit, dass wir uns als Gesellschaft wieder klar machen, wie sensibel unser ökologisches Gleichgewicht ist – und welchen Einfluss der Mensch auf elementare Prozesse wie den Sauerstoffkreislauf hat.

Unsere Atmosphäre besteht zu etwa **21 % aus Sauerstoff**, doch dieser Anteil ist nicht selbstverständlich. Er wird zu einem Großteil durch Wälder, Moore, Algen und andere Pflanzen permanent neu produziert. Gleichzeitig steigt der **CO₂-Anteil**, nicht zuletzt durch menschliches Handeln: Verkehr, Industrie, Massentierhaltung und die rücksichtslose Abholzung von Wäldern treiben die Emissionen kontinuierlich in die Höhe.

Allein im Jahr 2023 hat die Menschheit rund **36 Milliarden Tonnen CO₂** freigesetzt – eine erschreckende Zahl, die uns nicht kaltlassen darf. CO₂ macht aktuell „nur“ etwa **0,04 % der Atmosphäre** aus, doch dieser geringe Anteil reicht schon, um das Klima spürbar aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Wenn wir Wälder zerstören, vernichten wir nicht nur die „grüne Lunge“ unseres Planeten, sondern beschleunigen eine Spirale, die wir irgendwann nicht mehr stoppen können. Jeder Hektar, der verloren geht, verschlechtert die Sauerstoffproduktion und erhöht die CO₂-Konzentration – mit langfristigen Folgen für Gesundheit, Klima und Artenvielfalt.

Ich danke Ihnen für Ihre wertvolle Aufklärungsarbeit und wünsche mir, dass mehr Menschen begreifen: Der Wald ist kein Wirtschaftsgut – er ist Lebensgrundlage.

Thomas Berger

Windkraft rettet das Klima – und tötet dabei die Natur?



Windkraft wird häufig als Retter im Kampf gegen den Klimawandel gefeiert. Doch ein genauerer Blick zeigt, dass sie für Fledermäuse zu einer tödlichen Falle geworden ist. Während in den USA das Weißnasensyndrom bereits Millionen Fledermäuse dahinrafft, verstärkt der Ausbau der Windenergie das Sterben in alarmierendem Ausmaß. Die Folgen reichen weit über den Tierschutz hinaus – sie treffen Ökologie, Landwirtschaft und am Ende auch die menschliche Gesundheit.

Zwei tödliche Bedrohungen: Krankheit und Technik

Das Weißnasensyndrom, ausgelöst durch den aus Europa eingeschleppten Pilz *Pseudogymnoascus destructans*, verbreitet sich seit 2006 in Nordamerika und hat ganze Fledermauspopulationen dezimiert. Die Tiere haben eine hohe Lebenserwartung und vermehren sich langsam, oft mit nur ein bis zwei Jungtieren im Jahr. Deshalb ist der Fortbestand ganzer Arten durch solche Verluste akut bedroht.

Doch längst nicht nur Krankheiten sind das Problem. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts sterben Fledermäuse in noch nie

dagewesenem Ausmaß auch durch Kollisionen mit Windkraftanlagen. Diese bilden seit 2000 die Hauptursache für Massentode bei Fledermäusen – eine Entwicklung, die sich in Tausenden Berichten seit 1790 so noch nie beobachtet wurde.

Windräder – unterschätzte Todesfallen

Fledermäuse fallen den Windrädern auf zweierlei Wege zum Opfer: Einerseits stoßen sie direkt mit den Rotorblättern zusammen, andererseits erleiden sie durch Druckabfall hinter den Flügeln schwere innere Verletzungen – ein sogenanntes Barotrauma. Hochrechnungen berichten von jährlich bis zu 200.000 getöteten Tieren allein in Deutschland, in den USA könnte die Zahl jährlich konservativ auf 600.000 geschätzt werden – genaue Zahlen fehlen, weil vor allem Windparks in fledermausreichen Regionen kaum untersucht sind.

Warum geraten Fledermäuse so häufig in die Nähe von Windrädern? Viele orientieren sich per Echoortung und verwechseln die Türme mit Bäumen, besonders wenn Windfarmen in der Nähe von Wäldern errichtet werden.

Technische Lösungen werden selten genutzt

Wissenschaftler haben einfache Lösungen zur Reduktion des Fledermaussterbens vorgeschlagen. So könnte der Betrieb der Windanlagen auf Zeiten mit stärkerem Wind beschränkt werden – das würde das Risiko für Fledermäuse um bis zu 80 % senken. Dennoch werden solche Maßnahmen kaum umgesetzt, weil der minimale Energieverlust als wirtschaftlich problematisch gilt.

Folgen für Landwirtschaft und Mensch

Fledermäuse sind zentrale Akteure im Ökosystem: Eine einzige Fledermaus vertilgt pro Nacht Tausende Insekten, darunter zahlreiche landwirtschaftliche Schädlinge. Ihr natürlicher Insektenschutz spart Landwirten jährlich Milliardenkosten durch weniger Pestizideinsatz. Der Rückgang der Fledermauspopulation zwingt Bauern jedoch dazu, vermehrt

Insektizide einzusetzen – mit massiven Kosten- und Umweltfolgen.

Studien sehen einen Zusammenhang zwischen weniger Fledermäusen, steigendem Pestizideinsatz und sogar erhöhter Säuglingssterblichkeit, was die Tragweite dieser Entwicklung unterstreicht.

Das grün-grüne Dilemma: Klimaschutz gegen Naturschutz

Die Energiewende stellt die Gesellschaft vor ein „grün-grünes Dilemma“: Einerseits sollen Windparks fossile Energieträger ablösen und das Klima schützen, andererseits gefährden sie Artenvielfalt und Biodiversität massiv. Insbesondere für Fledermäuse, aber auch für bestimmte Vogelarten, sind Windenergieanlagen eine erhebliche Gefahr.

Notwendige Debatte um Naturverträglichkeit

Klar ist: Klimaschutz darf nicht auf Kosten der Artenvielfalt gehen. Der weitere Ausbau der Windenergie muss mit wirksamem Schutz sensibler Arten einhergehen. Dazu gehören:

Konsequente Berücksichtigung ökologischer Studien und Standortwahl abseits von Schlüsselhabitaten.

Technische Anpassungen (z.B. Abschaltungen bei Fledermausflug).

Gesetzliche Vorgaben und klare Regeln zur Minimierung naturschädlicher Nebenwirkungen.

Wer die Natur zerstört, wird das Klima nicht retten

Fledermäuse sind kein Randproblem für Naturschützer, sondern ein Symbol für die entscheidende Rolle intakter Ökosysteme. Wer natürliche Schädlingsbekämpfer opfert und die Pestizidlast erhöht, schadet am Ende sich selbst. Die Lösung erfordert Ehrlichkeit und einen echten Interessenausgleich zwischen Klimaschutz und Naturerhalt.

Windkraftanlagen dürfen keine Todesfallen für Fledermäuse

sein. Nur so kann die Energiewende dauerhaft erfolgreich und wirklich nachhaltig sein.

Quellen:

Resultat weltweiter Untersuchung: Fledermaussterblichkeitsrate

...

<https://de.mongabay.com/2016/07/resultat-weltweiter-untersuchung-fledermaussterblichkeitsrate-nicht-mehr-nachhaltig/>

PDF Fledermausschutz und Windenergie – David gegen Goliath?

https://fledermausschutz-sachsen.de/media/nabu_lfa_-_fledermausschutz_und_wka_final.pdf

Bedrohungen – NABU

<https://www.nabu.de/presse/test/contentaudit/34096.html>

Windräder: Todesfallen für Fledermäuse – wissenschaft.de

<https://www.wissenschaft.de/erde-umwelt/windraeder-todesfallen-fuer-fledermaeuse/>

PDF PD Dr. Christian Voigt – NABU

https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/voigt_nabu_230415.pdf

Frankreich stoppt Windkraft: Schutz für Mensch & Natur



Es ist ein Paukenschlag aus Frankreich, der weit über die Landesgrenzen hinaus hallt: Das französische Parlament hat beschlossen, sämtliche neuen Genehmigungen für Windkraft- und Solarparks vorerst zu stoppen. Dieser Schritt kommt überraschend, aber er ist überfällig – und ein Signal, das auch Deutschland ernst nehmen sollte. Denn was seit Jahren von vielen Bürgern, Wissenschaftlern und Umweltschützern kritisiert wird, scheint in Frankreich nun erstmals politisch Gehör zu finden.

Grund für das Moratorium ist der zunehmende Druck aus der Bevölkerung. Immer mehr Menschen spüren, dass der massive Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur Vorteile bringt. Im Gegenteil: Die sogenannten „grünen“ Technologien haben in den vergangenen Jahren massive Spuren in Natur, Landschaft und Lebensqualität hinterlassen. Windräder, einst als Hoffnungsträger gefeiert, sind vielerorts zu Symbolen der Entfremdung geworden. Riesige Konstruktionen ragen in die Landschaft, prägen ganze Regionen und zerstören dabei nicht selten Lebensräume, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Wälder werden gerodet, um Platz für neue Anlagen zu schaffen. Böden werden verdichtet, Biotop unwiederbringlich zerstört.

Nicht nur die Natur leidet, auch die Menschen selbst. Besonders in ländlichen Regionen wird die Belastung durch Windräder immer deutlicher spürbar. Viele Anwohner berichten über Dauerlärm, Infraschall, Schattenschlag und gesundheitliche Beschwerden wie Schlafstörungen oder Kopfschmerzen. Die Nähe mancher Anlagen zu Wohnhäusern ist erschreckend – teils stehen sie in wenigen Hundert Metern Entfernung. Hinzu kommt der wirtschaftliche Schaden: Immobilien verlieren an Wert, Tourismus bricht ein, Menschen fühlen sich übergangen und ausgeliefert.

Auch der Tierwelt setzen die Anlagen enorm zu. Jahr für Jahr sterben zehntausende Vögel durch Kollisionen mit Rotorblättern. Besonders betroffen sind Greifvögel, die ihre Flugbahnen nicht an die künstlichen Hindernisse anpassen können. Fledermäuse, die auf bestimmte Jagdgebiete angewiesen sind, verschwinden, weil sie den durch Windräder erzeugten Druckunterschieden nicht standhalten können. Ganze Populationen gehen verloren – still, fast unbemerkt und doch dramatisch.

Doch nicht nur Windkraftanlagen stehen in der Kritik. Auch der Ausbau von Photovoltaik – insbesondere in Form großer Solarparks – hat seine Schattenseiten. Immer mehr fruchtbare Ackerflächen werden für riesige Anlagen versiegelt. Was früher der Nahrungsmittelproduktion diente, wird nun mit Metall und Glas überzogen. Besonders in Zeiten geopolitischer Spannungen und wachsender Unsicherheit bei der Lebensmittelversorgung wirkt dieser Trend geradezu paradox. Die Versiegelung von wertvollem Boden ist ein Eingriff in die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen – und wird dennoch mit dem Etikett „nachhaltig“ versehen.

Das französische Moratorium markiert hier eine dringend notwendige Zäsur. Zum ersten Mal steht nicht der blinde Fortschrittsglaube im Vordergrund, sondern die Frage nach den realen Folgen. Ziel ist eine umfassende Folgenabschätzung, eine ehrliche Bewertung der ökologischen, gesundheitlichen und

gesellschaftlichen Auswirkungen des Erneuerbaren-Ausbaus. Genau das, was Kritiker seit Jahren fordern: keine Politik nach Bauchgefühl, sondern nach Fakten.

Begleitet wurde die Abstimmung von einem politischen Paukenschlag: Die Fraktion des Rassemblement National brachte zeitgleich einen Antrag ein, das 2020 stillgelegte Atomkraftwerk Fessenheim wieder ans Netz zu nehmen. Auch wenn dieser Vorstoß schnell von der Atomaufsicht abgeschmettert wurde – das Kraftwerk ist inzwischen technisch weitgehend abgebaut und ein Wiederanlauf ist kaum realisierbar – verdeutlicht der Vorstoß doch eines: Die Debatte um Energieversorgung ist in Bewegung geraten. Es gibt wieder Alternativen, Diskussionen, ein Ringen um Wege statt das monotone Mantra vom „alternativlosen“ Ausbau.

Dass der Beschluss überhaupt zustande kam, lag auch an der Zusammensetzung des Parlaments zum Zeitpunkt der Abstimmung. Ein Bündnis aus den Republikanern und dem Rassemblement National brachte genügend Stimmen zusammen, während viele Abgeordnete der Regierung und linker Parteien nicht anwesend waren. Ein politischer Zufall vielleicht – aber einer, der einen echten Wandel auslösen könnte.

Was Frankreich hier tut, ist kein Rückschritt. Es ist ein Innehalten. Ein Nachdenken. Ein notwendiger Moment der Besinnung in einer Debatte, die viel zu lange von technokratischer Alternativlosigkeit geprägt war. Wer wirklich die Umwelt schützen will, darf sie nicht durch gigantische Industrieanlagen im grünen Gewand zerstören. Nachhaltigkeit bedeutet, Mensch und Natur in Einklang zu bringen – nicht, sie gegeneinander auszuspielen.

Frankreich zeigt, dass es auch anders geht. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss demokratisch legitimiert, ökologisch verträglich und sozial gerecht sein. Es darf nicht darum gehen, möglichst viele Anlagen in möglichst kurzer Zeit zu errichten. Es muss darum gehen, die richtigen

Entscheidungen für eine lebenswerte Zukunft zu treffen – mit Weitsicht, Augenmaß und Rücksicht.

Doch der Widerstand gegen Wind- und Solarparks speist sich nicht nur aus Umwelt- und Gesundheitsaspekten. Auch ökonomisch gerät der Ausbau zunehmend in die Kritik. Immer mehr Kommunen berichten von fehlender Wertschöpfung vor Ort. Die Gewinne fließen meist an überregionale Investoren oder große Energiekonzerne, während die betroffenen Gemeinden mit den Lasten allein gelassen werden. Das versprochene „Teilhabe-Modell“ für Bürger funktioniert in der Praxis oft nicht. Die Einnahmen sind gering, der Einfluss auf Standortentscheidungen noch geringer.

Hinzu kommt ein Thema, das bislang viel zu wenig beachtet wird: die Material- und Rohstofffrage. Windräder, insbesondere Offshore-Anlagen, benötigen riesige Mengen an Beton, Stahl und seltenen Erden – etwa für Permanentmagnet-Generatoren. Diese Rohstoffe stammen oft aus Ländern mit fragwürdigen Umwelt- und Sozialstandards. Der „grüne“ Strom ist also häufig nur vordergründig sauber, während anderswo Umweltzerstörung, Ausbeutung und Kinderarbeit an der Tagesordnung stehen. Ein grünes Gewissen auf dem Rücken anderer – das kann keine nachhaltige Zukunft sein.

Auch die Entsorgung wird zum Problem: Erste Windparks erreichen bald das Ende ihrer Lebensdauer. Doch was passiert mit den riesigen Rotorblättern, die aus Verbundstoffen bestehen und kaum recycelbar sind? Schon heute türmen sich ausgediente Blätter auf Deponien – ein wachsender Berg ungelöster Entsorgungsprobleme. Von einem echten „Kreislauf“ kann keine Rede sein.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Volatilität dieser Energiequellen. Wind- und Sonnenstrom stehen nicht zuverlässig zur Verfügung, sondern nur, wenn das Wetter mitspielt. Das zwingt die Netzbetreiber zu massiven Eingriffen ins Stromsystem – mit hohen Kosten. Gleichzeitig müssen

konventionelle Kraftwerke – oft Gaskraftwerke – als Reserve vorgehalten werden. Der sogenannte „Zappelstrom“ bringt also keine Versorgungssicherheit, sondern macht das System anfällig, teuer und instabil.

Auch auf internationaler Ebene wird diese Diskussion lauter. In Skandinavien, Italien, Spanien und den USA mehren sich Stimmen, die einen „Green Deal“ nicht als Freifahrtschein für Großindustrie im Namen der Ökologie sehen wollen. Viele dieser Länder setzen nun verstärkt auf echte Innovation: dezentrale, bedarfsgerechte Systeme, Speichertechnologien und den sparsamen Umgang mit Ressourcen statt Flächenverbrauch im Gigawattmaßstab.

Die große Frage lautet: Wollen wir wirklich unsere letzten unberührten Landschaften opfern – für Technologien, die selbst erhebliche Nebenwirkungen haben? Oder brauchen wir eine neue Debatte darüber, wie eine wirklich nachhaltige Energiewende aussieht? Frankreich hat einen mutigen Schritt gewagt. Vielleicht ist es Zeit, auch bei uns nicht länger die Augen zu verschließen.

Quellen:

<https://www.francesoir.fr/politique-france/l-assemblee-un-moratoire-sur-les-eoliennes-et-panneaux-solaires-seme-la-zizanie>

https://www.lemonde.fr/energies/article/2025/06/19/un-moratoire-sur-l-eolien-et-le-solaire-adopte-a-l-assemblee-nationale-par-un-vote-conjoint-de-la-droite-et-de-l-extreme-droite_6614663_1653054.html